

OECD-Länder entwerfen in Bern gemeinsam E-Government-Leitlinien

Die öffentliche Verwaltung profitiert vom Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie: Geschäftsprozesse können modernisiert und effizienter sowie benutzerfreundlicher gestaltet werden. Der technologische Fortschritt stellt die Verwaltung aber auch vor Herausforderungen. Chancen und Gefahren von E-Government wurden am zweitägigen OECD E-Leaders Meeting in Bern diskutiert.

Anna Faoro



Anna Faoro
Kommunikationsverantwortliche
E-Government Schweiz
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Informatiksteuerungsorgan
des Bundes ISB
anna.faoro@isb.admin.ch

Am 29. Oktober empfing das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) in Bern Informatikchefs aus über 30 Ländern sowie Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur zweitägigen OECD-Konferenz. Die Veranstaltung stand unter dem Motto, Strategien für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu diskutieren, welche die Verwaltung möglichst bürgernah und zum Nutzen der Öffentlichkeit gestalten. Die Schweizer Bundeskanzlerin Corina Casanova und der frühere belgische Premierminister und heutige stellvertretende OECD-Generalsekretär Yves Leterme begrüßten die Gäste im Bernerhof.

Gesamtstaatliche Strategien, Wirtschaftlichkeit und Transparenz

Sodann widmeten sich die Teilnehmenden in drei Sessionen dem Thema «öffentlicher Nutzen von IKT» aus drei Perspektiven. Am Vormittag präsentierten mehrere Delegierte ihre Erfahrungen dazu, wie die Auswirkungen struktureller wirtschaftlicher und sozialer Probleme, die momentan Staaten rund um die Welt herausfordern, mittels nationaler E-Government-Strategien aufgefangen werden konnten. Als zentral für den Erfolg von IKT-Strategien wurde der starke Rückhalt auf politischer Ebene festgehalten. In der zweiten Session am Nachmittag diskutierten die Teilnehmenden über die Wirtschaftlichkeit einer neuen IKT-Lösung auf der einen und über deren Nutzen für die Zielgruppe in Bevölkerung und Wirtschaft auf der anderen Seite. Verschiedene Delegierte nannten mangelnde Ausbildung und Erfahrung im Bereich IKT als Schwachstelle und Stolperstein bei der Einführung von E-Government-Lösungen. Zum Abschluss des zweiten Veranstaltungsteils wurden fol-

gende Punkte festgehalten, die wichtig sind, um Verwaltungsprozesse und -dienstleistungen mittels IKT erfolgreich reorganisieren zu können: (1) Aufteilung eines Grossprojektes in operative Teilprojekte mit zentraler Steuerung, (2) Rückgriff auf IKT-Beschaffungsmethoden sowie (3) Einbezug der Partner und Nutzergruppen, die bei der Evaluation neuer Lösungen relevant sind.

Zum Abschluss der Veranstaltung am Dienstag stand das Potenzial einer verstärkt offen und transparent geführten Verwaltungstätigkeit im Fokus. Kontrovers diskutiert wurde der Nutzen der neuen Kommunikationskanäle sowie von frei zugänglichen Behörden- und Daten bei der Etablierung einer nutzerorientierten Verwaltung. Einige Delegierte führten aus, dass aus der weitherum geforderten Öffnung der Verwaltung mittels Open-Government-Data-Portalen oder mittels Aktivität im Bereich der neuen Medien kein klarer Nutzen resultiere, sondern der Staat sich vielmehr Risiken aussetze. Andere betonten die Bedeutung der Bereitstellung von offenen Behördendaten für Bevölkerung und Wirtschaft und orteten in der Bürgernähe, die durch das Engagement in sozialen Medien entstehe, ein wichtiges Potenzial der Verwaltung der Zukunft.



Gemeinsamer Entwurf von E-Government-Leitlinien

Am zweiten Veranstaltungstag, am Mittwoch, 30. Oktober 2013, trafen sich die IKT-Delegierten der OECD und der Partnerländer zur Ausarbeitung gemeinsamer Leitlinien für E-Government. Gemäss dem am Vortag diskutierten wurden die im Grundlagenpapier enthaltenen Leitlinien in drei Stossrichtungen unterteilt.

Die entworfenen «OECD Principles on Digital Government Strategies» gehen nun für eine Konsultation zurück in die OECD- und Partnerländer. Der Vernehmlassungsprozess dauert bis zum 20. Dezember 2013. Darauf folgen die Finalisierung der Leitsätze und die Planung der nächsten Schritte, inklusive Verabschiedung durch den OECD-Rat.

Als erstes Ziel wird die Etablierung einer transparenten, offenen Verwaltungstätigkeit aufgeführt. Zweitens unterstreicht das Grundlagenpapier die Bedeutung einer gesamtheitlichen Strategie zur Re- und Neuorganisation der Verwaltung. Um positive Renditen bei den Investitionen im Bereich E-Government gewährleisten zu können, soll drittens die strategische Projektführung verstärkt werden, die ein Augenmerk auf die Wirtschaftlichkeit einer einzuführenden IKT-Lösung richtet.

Mehr Informationen zur Veranstaltung sowie das Grundlagenpapier «OECD Principles on Digital Government Strategies» finden Sie auf der Website von E-Government Schweiz:
www.egovernment.ch